

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-
Kasseler Platz,
Hannover, Nr. 20.
Postfach Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Goslar, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Hildesheim, des Reichs- und
des Finanzamts Hildesheim und des Hauptzollamts Hildesheim bestimmes Blatt.

Verlags-
Dresden 1536.
Groschlag
Hildesheim Nr. 22.

Nr. 151.

Freitag, 1. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Unterbrechens von Produktionsstörungen, Beschädigungen der Abgabe und Materialverluste behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben für die Nummer des Ausgabestages sind die 3 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundstiftgröße (6 Ellen) 25 Cent-Pfennige; die 30 mm breite Kellergasse 100 Cent-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Schecks eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Hildesheim. Kustschlag, feste Tarife. Empfänger an der Adresse. — Im Falle Abbruches — Druck oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiterführung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Hildesheim, Hildesheimer Platz 22. Verleger: Hildesheim, Hildesheimer Platz 22. Verantwortlich für den Inhalt: Hildesheim, Hildesheimer Platz 22. Druck: Hildesheim, Hildesheimer Platz 22.

Der rumänische Regierungswandel.

Nachdem durch die Übernahme der Regierungsgewalt durch Ionel Brătianu die innerpolitischen Dinge in Rumänien sich etwas gelichtet haben, läßt sich erst ein klarer Überblick über die Entwicklung der letzten Regierungskrisis gewinnen. Man geht nicht falsch, wenn man diese Regierungskrisis von dem Augenblick an datiert, in dem Brătianu im Jahre 1926 seine vierjährige Regierungsperiode abschloß. Die Kabinette, die die Nachfolgerschaft Brătianus übernahmen, können nur als Übergangskabinette bezeichnet werden, und zwar als Übergangskabinette, vollkommen im Sinne der Politik Ionel Brătianus. Als Brătianu im Jahre 1926 die Regierung niederlegte, dachte er gar nicht daran, die Macht und die Herrschaft, die seine liberale Partei seit Jahrzehnten über alle Dinge Rumäniens ausübte, zu verlieren. Als gewiegter Politiker, der er ist, wußte er nur der augenblicklichen, ihm nicht günstig gestimmten Konjunktur, um etwas mehr im Hintergrunde des politischen Lebens von sich aus alles vorzubereiten, was ihm die Regierungsgewalt wieder in die Hände spielen könnte. Mit Vorbedacht sprach er sich, als man nach seinem Nachfolger suchte, für die Persönlichkeit des Generals Averescu aus. Wie jetzt erweisen ist, tat er dies, weil er ganz bestimmte Verfassungen Averescus in Händen hatte, die die Weiterführung des liberalen Kurles in Rumänien bedingen konnten. Fast wäre dieser Plan dieses gerissenen aller Balkan-Diplomaten gealtert, denn die Regierungstätigkeit Averescus lehrte, daß er nicht ohne weiteres bereit war, die dem Liberalen gegebenen Versprechungen auch reiflich zu erfüllen. So zeigte a. B. die Wirtschaftspolitik seines Kabinetts Tendenzen, die dem liberalen Programm Brătianus direkt entgegengeleitet waren. So u. a. die Bemühungen der Regierung um den deutschen Kredit. So ferner die Annäherungspolitik Averescus an Italien, die der francophilen Richtung Brătianus die bittersten Kummernisse bereitete. Aber das Bild dieses dem alten Liberalen-Führer noch. In Frankreich blieben die Exorbitanzen Averescus nicht verborgen. Paris hatte zwar nicht die Möglichkeit, sich in die inneren Verhältnisse Rumäniens einzumischen, aber es entschloß sich doch, durch die Person des in Rumänien höchst beliebten Generals Berthelot, aber nicht offiziell, aber doch recht deutliche Hinweise an die Adresse der führenden Männer Bukarests zu geben. Der Brief wurde verstanden, und er folgte, wie die Erfahrung zeigte, Averescu seine Ministerpräsidentenschaft. Nun tat Brătianu seinen geschickten Schachzug: er bewarb sich nicht selbst um die Nachfolgerschaft, sondern schickte den ihm treu ergebenen Prinzen Stirben vor und sorgte dafür, daß auch die National-Garantisten in das Kabinett eintraten. Er ließ dieses Kabinett so lange am Ruder, bis die National-Garantisten in offizieller Form das Verlangen der Liberalen ablehnten, ihnen die Überlegenheit in den kommenden Wahlen zu gewährleisten. Nun veranlaßte er Stirben zurückzutreten, präferierte sich dem König als berufener Nachfolger, und so kam es, daß fast über Nacht das neue Kabinett Brătianu fix und fertig sich der Öffentlichkeit zeigen konnte. Da die Kabinettspolitik Brătianus die fähigsten Köpfe der Liberalen Partei nennt, so hat man anzunehmen, daß es diesmal Brătianu mit einer Stabilisierung der von ihm neu geschaffenen Verhältnisse Ernst ist. Die in Kürze stattfindenden Parlamentswahlen in Rumänien werden zeigen, ob die tatsächlichen Tatsachensituation Brătianus ihre Weiterleitung vollenden kann.

Weitere Mitteilungen über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz.

von Berlin. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Reichstagsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, Volkswirtschaft und Handelspolitik gab am Donnerstag Reichsminister a. D. Dr. Hermann einen ausführlichen Bericht über Verlauf und Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz hinsichtlich der Agrarfragen.

Kaum eine Konferenz in der Nachkriegszeit, so führte er aus, sei so gründlich vorbereitet worden. Eröffnet wurde sie von den Arbeiten der Konferenz noch nicht gewesen. Die Frage, wie die landwirtschaftliche Depression zu beseitigen sei, sei sehr gründlich behandelt worden. Die landwirtschaftliche Kommission habe in ihrer Ausschließung zum Ausdruck gebracht, daß nötig sei die Auffassung des Welt über die Notwendigkeit einer klüßlichen Landwirtschaft, ferner mögliche Selbsthilfe der Landwirtschaft und die Partizipation der Landwirtschaft mit der Industrie in der Behandlung der Bölle. Als erwünscht wurde auch bezeichnet das engere Zusammenarbeiten der Erzeugerorganisationen und der Konsumgenossenschaften, wobei man den legitimen Dank durchaus nicht ausschalten wollte. Starke Bedenken seien von deutscher Seite gegen die Errichtung eines internationalen Agrarkreditinstitutes geäußert worden.

Gewerkschaftsleiter Gager berichtete über seinen ihm in Genf gegebenen Wirkungskreis, der auf zwei Gebieten lag: Einmal habe die kleine soziale Arbeitergruppe ihrer Stimme durch enge Zusammenarbeit Gehör verschaffen müssen durch die bekannte Programmklärung, und zweitens habe er in der Handelskommission bei den Fragen des Dumpings, der Subsidien und der Diskriminierungen beim Transport gewirkt. Der Redner skizzierte kurz die Ergebnisse bezüglich der internationalen Handelspolitik, namentlich hinsichtlich des Abbaus der Bölle. Weniger klar sei die Entscheidung über industrielle Fragen ausgefallen, namentlich über die Frage der Zölle. Der Redner betonte, daß die Konferenz die Forderung der Arbeitergruppe nach Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrahmens unter Oberhoheit des Völkerrechtes nicht voll und ganz angenommen habe.

Die America ins Meer abgestürzt.

Die Insassen gerettet.

Paris. (Frankfurt.) Auf dem Fluggelände de Bourget ist bei der Ostendirection ein offizielles Telegramm eingetroffen, das mitteilt, daß die America heute vormittag 4,45 etwa 300 Meter von der Küste bei Vers-sur-Mer (nordöstlich von Brouay, Departement Calvados) ins Meer gestürzt ist, nachdem sie gegen 3 Uhr die Gegend von Paris überflogen hatte. Durd und seine Mannschaft sind gerettet.

Byrd in Ny-les-Roulineaux gelandet?

Paris, 1. Juli, um 3 Uhr wird gemeldet, daß Byrd auf dem Fluggelände von Ny-les-Roulineaux, etwa 1 Kilometer südwestlich von Paris, gelandet ist.

Die Landung Byrds noch unbekannt.

Paris, 1. Juli. Gagos teilt 2,30 Uhr aus de Bourget mit, daß die Meldung von der Landung Byrds in Ny-les-Roulineaux sich nicht bestätigt.

Die Bergung der America.

Paris. (Frankfurt.) Gagos meldet aus Caen: Das Minarene des Majors Byrd wurde heute vormittag 11 Uhr an mehreren Schiffen befestigt, da es während der Nacht nicht an den Strand gebracht werden kann. Erst bei Einsetzen der Ebbe gegen 7 Uhr nachmittags wird es an Sand geschleppt werden können. Durd erwartet an Ort und Stelle die Bergung seines Apparates, um ihn dann zu untersuchen. Hierauf wird er sich nach Caen begeben. Schon jetzt steht fest, daß der Apparat ziemlich erhebliche Beschädigungen erlitten hat.

Das neue Kabinett Helldt gebildet.

Dresden, 30. Juni. Nach Beilegung der letzten Schwierigkeiten hat Ministerpräsident Helldt nunmehr die Minister ernannt. An der angekündigten Zusammenkunft des Kabinetts hat sich nichts mehr geändert. Die Ministerliste sieht also folgendermaßen aus:

- Helldt (Mittl.), Ministerpräsident,
- Dr. Kopp (Dem.), Innenminister,
- Elber (Mittl.), Arbeits- und Wohlfahrtsminister,
- Dr. v. Fumetti (Kathol.), Justizminister,
- Dr. Raiser (Dsp.), Volksbildungsminister,
- Dr. Krug v. Ridde und v. Falkenstein (Nat. Sp.), Wirtschaftsminister,
- Weder (Mittl.), Finanzminister.

Damit hat eine Frage ihren Abschluß gefunden, die in sich so viel Schwierigkeiten barg, daß eine Lösung in manchen Stadien der Verhandlungen fast unmöglich erschien. Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt: Da wir zunächst die Forderung auf Verminderung der Ministerien von sieben auf fünf. Sollte diese Zusammenlegung organisch erfolgen, dann konnte nur das Präsidium mit dem Innern und das Arbeits- mit dem Wirtschaftsministerium vereinigt werden. Diesen Pläne stellen sich jedoch sowohl politische als auch sachliche Schwierigkeiten entgegen. Die Mittlischen erklärten, daß man ihnen nicht zumuten wolle, ihren früheren Standpunkt gegenüber den Deutschnationalen aufzugeben und dieses Entgegenkommen mit der Einbuße eines Ministeriums zu bezahlen. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß bei der Zusammenlegung zwar die Gehälter zweier Minister eingespart würden, dafür aber Ministerialbeamte unbedingt eingestellt werden müßten, so daß ein materielle Vorteil kaum entstünde, ja diese Zusammenlegung überdies eine verstärkte Bürokratisierung zur Folge haben müßte. Als dann der Wunsch laut wurde, eine Verminderung der Ministerien nur auf sechs, und zwar befristet vorzunehmen, daß der Ministerpräsident gleichzeitig das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium übernehme, wurde auf das Anorganische und Unangenehme dieser Lösung hingewiesen, vornehmlich aber betont, daß damit die Vermittler- und letzte Entscheidungsgewalt des Ministerpräsidenten untergraben und er zum Richter in eigener Sache gemacht werde. Unter diesen Umständen müßte es bei den bestehenden sieben Ministerien verbleiben. Trotzdem wurden die Schwierigkeiten bei der Verteilung dieser Ministerien nicht geringer. Denn der vom Herrn Ministerpräsidenten unterbreitete gesunde Vorschlag, jeder Partei ein Fachministerium zu geben, erforderte von einigen Parteien schweres Opfer.

Bei objektiver Wertung darf gesagt werden, daß fast alle Parteien, die in der Koalition vereinigt sind, Obergebrachten haben, so daß es weder Sieger noch Besiegte in ihr gibt, ja, daß die grobste Lösung unter den gegebenen Umständen als recht glücklich erscheint, weil jede Partei durch ihren Minister an die Regierung gebunden wird, was bisher nicht der Fall war. Und wenn Klugheit und Toleranz, die die letzten Koalitionsregierungen so glücklich auszeichneten, auch in dieser Koalition führend bleiben, dann dürfte aller Voraussicht nach ihre Tätigkeit die normale Dauer erreichen. Im übrigen hat durch diese Regierungsabänderung der Staatsgedanke in gewissem Sinne eine Bereicherung erfahren. Es ist wohl das erste Mal, daß innerhalb des Reiches eine Regierung von Deutschnationalen bis zu Sozialdemokraten gebildet und damit jene Grundgedanke der demokratischen Republik verwirklicht wird, der jeder Partei die Mitarbeit am Staate zuzichert, die willens ist, ihm zu dienen. Wenn ist die Konstellation keine freiwillige. Doch kann sie auch für eine freiwillige Bildung wirksam werden, wenn die praktischen Auswirkungen in Gesetzgebung und Verwaltung zeigen, daß diese Koalition genau so, ja vielleicht noch mehr, der sozialen Idee zu dienen willens ist, wie das in Preußen, Baden, Anhalt und anderen Staaten der Fall

ist. Und darauf allein kommt es an. Nichts spricht dagegen, daß solches nicht geschehen könnte. Denn im Grunde genommen ist das politische Gesicht der Regierung das als geblieben. Auch ohne die Deutschnationalen in der Regierung müßte die letzte Koalition auf deren Wünsche stets Rücksicht nehmen, wie überhaupt kein Gesetz, das außerhalb des Bereichs sozialistischer Ideen lag, ohne Deutschnationalen zustande kam. Dieses Verhalten im alten Zustande wird auch dadurch nicht herabwürdigt, daß der Wirtschaftsparteiler Herr Dr. Wilhelm durch den deutschnationalen Minister Herrn Dr. Krug v. Ridde abgelöst wird. In allgemeinen wirtschaftlichen wie in politischen Fragen dürfte es zwischen Wirtschaftspartei und Deutschnationalen wenig Unterschiede geben; Nuancen sind wohl nur bei Spezialfragen zu beobachten, so daß, als Ganzes betrachtet, auch der alte Kurs der Regierung weitergeführt werden dürfte. Rein äußerlich betrachtet, wäre mit der Herannaher der Volksrechtspartei in die Regierung sogar ein geringer Kurswechsel nach links zu verzeichnen. Da jedoch die Koalitionsarbeit nur Gemeinsamkeitsarbeit sein kann, erscheint diese Bewertung als möglich.

Soweit das Verhalten der Presse in Frage kommt, darf gesagt werden, daß abgesehen von der demokratisch eingestellten Presse, von der einige Blätter eine gewisse Unsicherheit und ein Schwanken an den Tag legten, im allgemeinen eine ruhige und besonnene Haltung sich bemerkbar machte, die auch durch die Länge der Krise nicht beeinträchtigt wurde. Eine Ausnahme machte nur die SPD-Presse, die sich in der Rolle des Schandentropfen gefiel. Mit häßlichen Glossen glaubte sie die Regierungskrisis begleiten zu können, und als ihr bedeutet wurde, daß sie sich um die Dinge nicht zu kümmern brauche, da die Krise ohne sie gelöst werde, verlor sie förmlich die Fassung, schalt heute die Mittlischen Vertreter, weil sie den Deutschnationalen zur Regierungsmacht verhelfen wollten, und schalt morgen die Deutschnationalen auf, von ihrer Forderung auf zwei Minister nicht abzugehen, damit sie möglichst stark in der Regierung werden möchten, oder suchte in Aussicht genommene neue Minister vor ihrer Tätigkeit persönlich herabzusetzen. Es wäre verfehlt, hier von einer politischen Halblosigkeit oder gar Verdumpfung zu reden. Nein, aus diesen Blättern spricht das von uns so oft gekennzeichnete Unvermögen, die politischen Dinge auch nur einigermaßen richtig zu werten. Doch wie dem auch sein möge: Die Regierung Helldt ist gebildet und damit der Weg für eine praktische Staatsarbeit auf längere Sicht gebahrt.

Da wir der Personalien des Herrn Dr. Krug v. Ridde bereits gedacht haben, bringen wir heute die des Herrn v. Fumetti.

Der neue sächsische Justizminister, den die Volksrechtspartei im neuen Kabinett stellt, Dr. jur. Arthur v. Fumetti, wurde am 22. Juni 1890 in Hannover als Sohn des verstorbenen Oberleutnants a. D. Francis von Fumetti geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Blankenburg a. S. und studierte dann in Jena, Göttingen und Leipzig Rechtswissenschaften, Nationalökonomie. Vom Herbst 1924 an wurde er mit der Abhaltung von Vorlesungen am Landrechtswissenschaftlichen Institut für Kultur- und Universalgeschichte auf dem Gebiete der Rechts- und Verfassungsgeschichte beauftragt, während er gleichzeitig Vorlesungen und Beratungen über bürgerliches Recht an der Frauenhochschule abhielt. Mehrere Semester leitete er auch Kurse bei den Veranstaltungen der Politischen Hochschule, welche der Nachfolger Lamprechts Geheimrat Dr. Gög, an der Leipziger Universität ins Leben rief. Nach Erscheinen des Aufhebungsgesetzes vom 16. Juli 1925 wandte er sich mit besonderer Schärfe gegen die Regelung der Anwaltschaft und schloß sich dem Sparbunde an. Später leitete er sich fast ausschließlich in den Dienst dieser Bewegung und legte in Sachen die Grundlagen für die Volksrechtspartei, indem er ihr Richtung und Ziel gab. Seine Partei rühmt keine geschichtliche Politik beim Zusammenkommen der Regierung am 11. Januar d. J. und der letzten Reichsregierung